

Warum Deutschland  
eine neue Stasi-Debatte  
bevorsteht

## Die Akte „Rosenholtz“

Hubertus Knabe

Die Stasi schilderte ihren Inoffiziellen Mitarbeiter als Westberliner Bauunternehmer und CDU-Funktionär. Der IM „Delphin“, so der Deckname, habe enge Beziehungen zur Spitze der christdemokratischen Arbeitnehmerschaft. Laut Arbeitsplan der DDR-Spionage sollte er 1989 Informationen zur Deutschlandpolitik und zur Beurteilung der Bundespolitik der CDU beschaffen. Bis heute ist unklar, wer sich hinter dem IM „Delphin“ verbarg.

Antwort darauf können die so genannten Rosenholtz-Unterlagen geben, eine elektronische Kopie der Personenkartei der Stasi-Spionage, die die USA vor einiger Zeit der Bundesrepublik übergeben haben. In der zentralen Kartei der einstigen Hauptverwaltung A – kurz: HVA – sind nach Angaben der Gauck-Behörde etwa 12 000 westdeutsche Agenten registriert. Die, die bis zum Schluss aktiv waren – rund 2000 Bundesbürger –, sind zusätzlich in einer Mobilisierungskartei für den Kriegsfall aufgelistet. Die Daten umfassen das komplette Agentennetz der HVA – das letzte große Geheimnis der DDR-Staatssicherheit.

Dass dreizehn Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch nicht bekannt ist, wer alles für den Staatssicherheitsdienst im Westen spioniert hat, ist erstaunlich genug. Während im Osten Deutschlands tausende wegen früherer Stasi-Tätigkeit ihren Job verloren, genossen Stasi-Mitarbeiter in der alten Bundesrepublik eine seltsame Gnade der westdeutschen Geburt. Die Ungleichbehand-

lung zwischen Ost und West bei den Stasi-Verstrickungen ist ein bleibender Makel im deutschen Einigungsprozess.

Die Sonderbehandlung der West-Spione begann schon während der Auflösung der Stasi. Der Zentrale Runde Tisch räumte der HVA damals das Recht ein, sich ohne Kontrolle selbst aufzulösen. Auch nach den ersten demokratischen Wahlen im März 1990, als die Bundesregierung in Sicherheitsfragen bereits eng mit der DDR-Regierung zusammenarbeitete, kümmerte sich niemand um das Stasi-Netz im Westen. Als die HVA im Juni 1990 ihr Archiv schließlich abgewickelt hatte, waren so gut wie alle Akten vernichtet.

Das Interesse, einen Schlusstrich zu ziehen, war damals allenthalben spürbar. Wolfgang Schäuble wollte als Bonner Innenminister alle Stasi-Spione amnestieren. Die HVA-Generäle boten an, den bundesdeutschen Diensten im Gegenzug ihr geheimes Wissen zu offenbaren. Eine öffentliche Aufarbeitung der westdeutschen Stasi-Verstrickungen wurde nicht gewünscht.

Für die Stasi-Spione interessierten sich damals nur die USA. Sie konnten Anfang der neunziger Jahre unter ungeklärten Umständen die komplette Personenkartei der HVA als Mikroverfilmung an sich bringen – mit den Namen aller Inoffiziellen Mitarbeiter. Entgegen einem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz, demzufolge sämtliche Stasi-Unterlagen der Gauck-Behörde zu übergeben sind, lagert die Kartei bis heute beim CIA – ohne dass

die Bundesrepublik öffentlich dagegen Einspruch erhoben hätte.

Immerhin durfte der Bundesverfassungsschutz damals nach Washington fahren und die Karteikarten von knapp 1600 West-IM abschreiben. Die Aktion trug die Tarnbezeichnung „Rosenholtz“, die später auch für andere aus Amerika zurückkehrende Unterlagen benutzt wurde. Der Verfassungsschutz meldete der Bundesanwaltschaft insgesamt über 1800 Westdeutsche, gegen die anschließend Ermittlungen eingeleitet wurden. Über neunzig Prozent der Verfahren wurden freilich wieder eingestellt. Die Amnestie, die im politischen Raum keine Mehrheit bekommen hatte, kam so auf kaltem Wege zu Stande. Nur etwa fünfzig Spione mussten wirklich in Haft, inzwischen sind alle wieder auf freiem Fuß. Einige haben sich inzwischen in Organisationen wie dem Verein „Kundschafter des Friedens“ zusammengeschlossen und klagen über die angebliche Siegerjustiz.

Gleichwohl wurden die Rosenholtz-Unterlagen weiterhin wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Zwar waren die Abschriften schon 1993 der Gauck-Behörde übergeben worden, doch statt sie für die Aufarbeitung des westdeutschen Stasi-Netztes zu nutzen, sperrte man sie in den Panzerschrank. Die Folge war, dass selbst überführte Spitzespione wie der Bonner SPD-Chef Rudolf Maerker von der Stasi-Akten-Behörde als unbelastet eingestuft wurden. Ohne Zugang zu den Rosenholtz-Papieren verfestigte sich der Eindruck, die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst sei in erster Linie ein Problem der Ostdeutschen.

Bürgerrechtler aus der ehemaligen DDR wandten sich schon vor fünf Jahren an den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton und forderten, die Personenkartei der HVA nach Deutschland zurückzuführen. Ein Jahr später erklärten sich die USA tatsächlich bereit, die Unterlagen zurückzugeben, kopiert auf mehrere Hun-

dert CDs. Doch als im März 2000 – Spionage für die DDR war inzwischen verjährt – die erste CD in Deutschland eintraf, unterlagen auch diese Daten plötzlich der Geheimhaltung. Die CDU, die darin einen Rechtsverstoß sah, warf der Bundesregierung vor, die Daten über West-Agenten aus politischen Gründen unter Verschluss zu halten.

### „Zweierlei Maß“

Mehr als drei Jahre vergingen, in denen die Akte „Rosenholtz“ weiterhin verschlossen blieb. Während die IM-Akten von DDR-Bürgern großzügig über das Land verteilt wurden, sah sich die Aufarbeitung westdeutscher Verstrickungen unüberwindlichen Hindernissen ausgesetzt.

Eine Ahnung, wie groß das Spionagenetz der DDR gewesen war, vermittelte nur die späte Entschlüsselung einer Datenbank, in der die HVA die Berichte ihrer Agenten registriert hatte. Allein für den Zeitraum von 1969 bis 1987 waren in den so genannten SIRA-Dateien fast 5000 Quellen registriert – ohne Wirtschaftsspione. In der Datenbank finden sich die Titel der Informationen und die Decknamen der Informanten aus dem Westen. Doch wer sich dahinter verbarg, geht nicht daraus hervor.

Die Verantwortlichen bemühten sich, kritische Nachfragen in der Öffentlichkeit als unbegründet zu zerstreuen. Mehrfach erklärte die Bundesanwaltschaft, dass alle DDR-Spione enttarnt seien. Die Zahl der Agenten wurde zudem nach unten korrigiert. Während die Gauck-Behörde 1998 in ihren Karteien noch 20 000 bis 30 000 West-IM zählte, hieß es plötzlich, lediglich 1550 Bundesbürger hätten für die HVA spioniert. Anfragen, wer sich hinter den zahlreichen inzwischen bekannt gewordenen Decknamen verberge, wurden in der Regel mit dem Hinweis beantwortet, dass man diese nicht entschlüsseln könne. Die Rosenholtz-Unter-



den waren. Da die HVA gerne Akademiker mit Westkontakten anwarb, dürfte der PDS-Chef nicht der einzige prominente Ostdeutsche sein, der von seiner Stasi-Vergangenheit eingeholt wurde.

Bislang waren solche Anwerbungen immer nur durch Zufall bekannt geworden. Dann nämlich, wenn die HVA Material an andere Abteilungen geschickt hatte, wo es die große Aktenvernichtung überlebte. Ein Beispiel dafür ist der Ostberliner Professor Hermann von Berg. Der frühere Vertraute Egon Bahrs fungierte zu Beginn der Ostpolitik – angeblich im Auftrag der DDR-Führung – als geheimer Bote zwischen Ost und West. Willy Brandt empfing ihn auf seiner Reise nach Erfurt im Salonwagen und setzte sich später für seine Ausreise in den Westen ein. Erst nach der Öffnung der Stasi-Akten wurde bekannt, dass von Berg als IM „Günther“ den Kontakt zu führenden Sozialdemokraten im Auftrag des Staatssicherheitsdienstes unterhalten hatte.

Ein anderes Beispiel ist die ehemalige DDR-Schriftstellerin Monika Maron. Vor ihrer Ausreise in den Westen machte sie mit kritischen Büchern wie dem Roman „Flugasche“ auf sich aufmerksam und präsentierte sich später als scharfe Kritikerin des SED-Regimes. Mitte der neunziger Jahre wurde bekannt, dass sie sich im Oktober 1976 gegenüber der Stasi bereit erklärt hatte, „zu jeder Zeit“ über ihre Kontakte zu Bundesbürgern Auskunft zu geben. In ihrer Opferakte fanden sich Hinweise, dass sie der HVA ein Dutzend Mal über Personen und Veranstaltungen berichtet hatte. Wiederholt war sie im Auftrag der Stasi auch nach Westberlin gefahren. Nach knapp zwei Jahren brach die HVA den Kontakt zu ihr jedoch wieder ab. Fälle dieser Art dürften in den Rosenholtz-Unterlagen noch weit mehr dokumentiert sein.

Aufschlussreich sind aber vor allem die Unterlagen über die westdeutschen Stasi-Mitarbeiter. Gebetsmühlenhaft war

der Öffentlichkeit in den letzten Monaten immer wieder versichert worden, spektakuläre Enthüllungen seien nicht zu erwarten. Als Anfang September dann die erste Rosenholtz-Karteikarte eines Westdeutschen herausgegeben wurde, ging ein Erdbeben durch die Medien. Die Stasi-Akten-Beauftragte bestätigte, dass mit Günter Wallraff einer der bekanntesten Autoren der Bundesrepublik seit 1968 als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi-Desinformationsabteilung registriert war. Weitere Unterlagen enthielten Hinweise, dass er wenigstens bis Ende 1971 aktiv für die Stasi tätig gewesen sei. Nach dem Blick in die Rosenholtz-Datei nahm die Behörde damit ihren Persilschein für Wallraff zurück, der eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst stets bestritten hatte.

## Kampf im Westen

Der Fall Wallraff hat der Öffentlichkeit drastisch vor Augen geführt, dass es Stasi-Verstrickungen nicht nur in Ostdeutschland gab. Im Kampf gegen die eigene Regierung waren nicht wenige Bundesbürger bereit, sich auch mit der DDR auf die eine oder andere Weise zu verbünden. Die Stasi mischte deshalb nicht nur in der Studentenbewegung der sechziger Jahre mit, sondern auch in der Friedensbewegung und sogar im Deutschen Bundestag.

Nach einer Aufstellung der Stasi verfügte die DDR allein in der Westberliner Studentenbewegung über mehr als zwei Dutzend Inoffizielle Mitarbeiter und so genannte Kontaktpersonen. Die wenigsten dieser West-IM sind bislang enttarnt worden. Lediglich der Dekan des Otto-Suhr-Institutes der Freien Universität Berlin, Professor Hanns-Dieter Jacobsen, wurde 1992 verhaftet und zu einer Bewährungsstrafe wegen Spionage verurteilt. Als Student war er 1968 von der HVA angeworben worden und arbeitete dann einundzwanzig Jahre für den

Staatssicherheitsdienst. Wer aber waren „Anita“, „Alfons“, „Berg“, „Doktor“ oder „Elias“ – um nur einige der Decknamen aus der Westberliner Studentenbewegung zu nennen.

## Agenten im Bundestag

Unentschlüsselte Decknamen gibt es auch in anderen Bereichen. Aus dem Deutschen Bundestag sind bislang insgesamt acht Abgeordnete namentlich bekannt geworden, die zu unterschiedlichen Zeiten für die Staatssicherheit gearbeitet haben. Darunter befinden sich so einflussreiche Politiker wie der frühere SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand, der ehemalige deutschlandpolitische Sprecher der Grünen Dirk Schneider oder der langjährige Berliner FDP-Vorsitzende William Borm. Beim Misstrauensvotum gegen den früheren Bundeskanzler Willy Brandt hatte die Stasi dem CDU-Abgeordneten Julius Steiner 1972 sogar 50 000 Mark gezahlt, damit er für Brandt und gegen den Kandidaten seiner eigenen Partei stimmte.

Stasi-Offiziere berichteten nach dem Ende der DDR, dass sie mit ihren Agenten im Bundestag fast Fraktionsstärke erreicht hätten. Jede Partei des Deutschen Bundestages wurde von einem eigenen Stasi-Referat bearbeitet. Im Referat für die SPD waren 1988 mindestens vierzehn so genannte Objektquellen registriert, von denen drei immer noch nicht enttarnt sind. Bei der CDU sind sechs Quellen unerkannt, bei der FDP fünf und bei den Grünen zwei. Hinzu kommen die Agenten anderer Stasi-Abteilungen und solche, die 1988 bereits verstorben oder ausgemustert waren. Mit Rosenholtz lassen sich alle diese Fälle aufklären.

## Eine neue Überprüfungswelle?

Die Rosenholtz-Dateien erlauben es aber auch, einem bestehenden Verdacht nachzugehen und zu prüfen, ob er begründet oder unbegründet ist. Ein Beispiel dafür

ist der Fall des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Björn Engholm, der – einem Bericht des *Focus* zufolge – von der Stasi als IM erfasst gewesen sein soll. Er selbst und die Stasi-Akten-Beauftragte dementierten das. In den Unterlagen gebe es einen Schreibfehler, ein Verfahren beschäftigt immer noch die Gerichte. Ähnliche Gerüchte gab es auch über den ehemaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian, der 1992 die frühere Grünen-Politikerin Petra Kelly und anschließend sich selbst erschoss. In der Hochzeit der Friedensbewegung gehörte er zur Initiative „Generäle für den Frieden“, die von der Stasi gegründet und jährlich mit 100 000 Mark unterstützt worden war. Lebende oder verstorbene Politiker wie Engholm oder Bastian können mit Rosenholtz nunmehr problemlos auf eine Stasi-Verstrickung geprüft werden.

Die hohe Zahl bisher unbekannter Stasi-Mitarbeiter, die in den Rosenholtz-Unterlagen registriert sind, hat mittlerweile zu der Frage geführt, ob nicht erneut eine Stasi-Überprüfung in Deutschland nötig ist. Immer häufiger wird inzwischen gefordert, darin nicht nur ehemalige DDR-Bürger einzubeziehen. Nachdem sich die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Thüringen als Erste öffentlich dafür aussprachen, hat der Bundesrat im September 2003 einen entsprechenden Initiativantrag beschlossen. Demgegenüber blieben Politiker wie Innenminister Otto Schily oder der Innenexperte der SPD, Dieter Wiefelspütz, die sich gegen neue Kontrollen aussprachen, in der Minderheit.

Offen ist allerdings, wie weit die Überprüfungen gehen sollen – ob beispielsweise nur Regierungsmitglieder oder Abgeordnete oder ob der gesamte öffentliche Dienst überprüft werden soll. Die CDU-Fraktion im Bundestag und der rot-rote Senat in Berlin haben bereits beschlossen, ihre Mitglieder überprüfen zu lassen. Auch der Rundfunk Berlin-

Brandenburg will seine Beschäftigten aus Ost und West checken lassen. Obgleich die Wahrscheinlichkeit eher gering ist, dass dabei ein bislang unbekannter Stasi-Mitarbeiter enttarnt wird, will man auf diese Weise das Vertrauen in die Institutionen stärken. Zugleich soll demonstriert werden, dass Ost- und Westdeutsche nunmehr gleichbehandelt werden.

### Mangelnde Sensibilität

Die Verantwortlichen haben es dabei in der Vergangenheit oft an Sensibilität fehlen lassen. So fragt man sich, was Leipzigs Bürgermeister Wolfgang Tiefensee dazu veranlasst haben mochte, ausgerechnet einen ehemaligen Angehörigen des Wachregimentes des Ministeriums für Staatssicherheit zum Chef seiner Olympia GmbH zu machen. Die Stadt, die die friedliche Revolution im Herbst 1989 in den Mittelpunkt ihrer Olympiabewerbung stellte, brachte sich auf diese Weise unnötig selbst in Misskredit.

Auch wenn zuweilen die Frage aufgeworfen wird, ob man das Thema Stasi nicht zu den Akten legen sollte, so hat sich der in Deutschland beschrittene Weg doch grundsätzlich als richtig erwiesen. Während in Rumänien oder Russland zahlreiche frühere Geheimdienstmitarbeiter in staatliche und gesellschaftliche

Einrichtungen Eingang gefunden haben und das Vertrauen in den Staat dadurch massiv beeinträchtigt wird, kann man in Deutschland relativ sicher sein, dass die Stasi tatsächlich entmachtet ist. Anders als in Moskau wäre es hier zu Lande kaum denkbar, dass ein ehemaliger hoher Offizier der Staatssicherheit zum Bundeskanzler gewählt würde.

Wenn nun die Akte „Rosenholtz“ geöffnet wird, dann ist dies die Konsequenz und der Schlusspunkt des nach dem Sturz der SED-Diktatur eingeschlagenen Weges. Deutschland muss sich darauf einstellen, dass ihm, 13 Jahre nach der Vereinigung, eine neue, komplizierte Stasi-Debatte bevorsteht. Die Fälle Lothar Bisky und Günter Wallraff waren nur ein Vorgeschmack auf die Diskussionen, die die Rosenholtz-Unterlagen auslösen können – wenn sie denn endlich vollständig zugänglich gemacht werden. Dies wird, so die Stasi-Akten-Beauftragte, spätestens im März 2004 der Fall sein.

Ebenso unverständlich ist es, dass eine große Berliner Tageszeitung ausgerechnet einen ehemaligen Angehörigen des Wachregimentes der Stasi mit ihrer Berichterstattung zum Thema Staatssicherheitsdienst beauftragt hat. Nicht nur für Opfer des SED-Regimes ist dies mit dem Gebot journalistischer Unabhängigkeit nicht vereinbar.

### Buchhinweis

Von Hubertus Knabe sind zu der Thematik Aufarbeitung der Verflechtungen um den Staatssicherheitsdienst der DDR folgende Publikationen erschienen:

- *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen.* Propyläen Verlag
- *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Wertmedien.* Propyläen Verlag